

Wissenschaft mischt sich ein

Neu an der Uni Osnabrück: Institut für Migrationsforschung

„Neu an ‚Hoyerswerda‘ war nicht die Tat, sondern der Applaus“, sagt Klaus J. Bade, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und Leiter des vor wenigen Wochen an der Hochschule eröffneten Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS). Aber weder die Gewaltaktionen gegen Ausländer, die im vergangenen Jahr in der sächsischen Stadt den Beifall der Bürger fanden, noch die Zustimmung der Menge zu den Ausschreitungen dürfen nach Bade einfach als faschistisch, rassistisch oder typisch deutsch bezeichnet werden. Ausländerfeindlichkeit, wie sich vielerorts anzutreffen ist, nennt der Hochschullehrer Zeichen ökonomischer und sozialer Ängste, die „ernst genommen und weder weggedemontiert noch weggedemonstriert werden dürfen“.

Das neue Osnabrücker Institut, in dem Historiker, Geographen, Juristen, Psychologen und Wissenschaftler anderer Disziplinen zusammenarbeiten, möchte zunächst die unkoordiniert betriebenen Forschungen zu Problemen wie Wanderungsbewegungen, Ausländerintegration

oder multikultureller Gesellschaften miteinander verknüpfen. Zudem will IMIS den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik über Migrationsprobleme vorantreiben und ihm eine gesicherte Faktensbasis geben. Nach Bade muß Schluß sein mit der „defensiven Erkenntnisverweigerung, der negativen Koalition der Abwehr sowie der wortreichen Flucht aus der Verantwortung“.

Bade fordert das Ende der „Sprachlosigkeit zwischen Wissenschaft und Politik“ und läutet dies (seit Jahren übrigens) mit der Verletzung begrifflicher Tabus ein. Er spricht angesichts der aktuellen Situation in Deutschland von Einwanderern und einer anhaltenden Einwanderungssituation, womit er nicht allein der begrifflichen Orientierung der Bundesregierung, sondern auch deren politischer Einschätzung widerspricht.

Für die Wissenschaftler von IMIS aber sind Einwanderung und verwandte Begriffe zunächst keine Reizworte tagespolitischer Kontroversen, sie sind vielmehr historisch abgeleitet, also geschichtsgesättigt. Denn neben vielen

anderen Kenntnissen ist für den Historiker Bade die Kenntnis der Geschichte ebenso erforderlich wie hilfreich bei der Klärung aktueller Probleme: „Als bedrohliche Ausnahmesituation erlebt die Gegenwart nur, wer die Geschichte nicht kennt“, hat er mehrfach betont. In Bades Referaten und Aufsätzen sowie in Gesprächen mit ihm, tauchen immer wieder Argumente auf, die stichwortartig benennen, welche Erkenntnisse der Historiker in den Dialog mit der Politik einbringen kann.

Bade merkt unter anderem an: „Einwanderungsprozesse waren in der Geschichte nie soziale Begegnungen von schierer Gemütlichkeit, sondern allemal intergenerative Durchgangszonen mit Spannungen, Reibungen, Konflikten.“ Das westliche Nachkriegsdeutschland, das rund fünfzehn Millionen Flüchtlinge, Vertriebene, Über- und Aussiedler nicht nur aufgenommen, sondern weitgehend integriert hat – insgesamt ein Viertel der westdeutschen Bevölkerung – ist also „wanderungserfahren oder historisch bewandert“, wie es der Institutsleiter ausdrückt.



HILFLOSE PAROLEN: Wandsprüche gegen Ausländer und sentenzenhafte Bekenntnisse zur Ausländerintegration schüren zwar Emotionen, lösen aber kein Problem.

Aber auch die Angst vor den Fremden, seien sie nun Einwanderer, Asylanten, Übersiedler, habe in Deutschland Geschichte. Wenn sie – wie gegenwärtig immer wieder zu sehen – in Fremdenfeindlichkeit umschlage, wachse sie sich zu „einer gesellschaftlichen Gefahr erster Ordnung aus“ – Parolen und Demonstrationen, so schätzt es der Historiker ein, seien schwerlich Instrumente zur Abwehr.

Instrumente beziehungsweise Argumente für politische Entscheidungen zu erarbeiten und anzubieten, dazu

bedarf es nach Bade differenzierter Erkenntnisse sowohl über die Zuwanderer als auch über die Gesellschaften der Kommunen und Regionen, in die Fremde kommen. Sprachprobleme und Arbeitsplatzkonkurrenz, rechtliche Unsicherheiten und Standpunkte, Bildungs- und Ausbildungsfragen sind nur einige Stichworte dazu, die umreißen, wie vielseitig das Osnabrücker Institut arbeiten muß, wenn es seinem Anspruch gerecht werden will.

IMIS ist ein Institut, das sich einmischen wird; von allen in

den letzten Jahren an der Universität Osnabrück eingerichteten Instituten ist es das politisch brisanteste. Das demografierte schon seine Eröffnung, bei der die ehemalige Ausländerbeauftragte des Bundestages, Liselotte Funcke, in aller Schärfe die Ausländerpolitik der Bundesregierung attackiert hat. Wie wichtig im deutschen Forschungsumfeld das Institut genommen wird, zeigt sich daran, daß der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft den Start finanziert hat.

Wendelin Zimmer